

<https://amnistia.cl/noticia/amnistia-internacional-advierte-que-proyecto-nain-retamal-podria-aumentar-los-abusos-policiales-y-la-impunidad-por-estos-crimenes/>

AMNESTY INTERNATIONAL WARNT DAVOR, DASS DAS PROJEKT "NAIN RETAMAL" POLIZEILICHE ÜBERGRIFFE UND DIE STRAFFREIHEIT FÜR DIESE VERBRECHEN VERSTÄRKEN KÖNNTE

31. März 2023 | Kategorie: Featured, Nachrichten, Presse, Pressemitteilungen

Die Verabschiedung des Nain Retamal"-Gesetzentwurfs, der die Strafen für Straftaten gegen Carabineros, Ermittlungspolizisten und Gendarmeriebeamte erhöht und eine privilegierte Selbstverteidigung bei Handlungen im Zusammenhang mit der Anwendung von Gewalt vorsieht, hätte schwerwiegende Folgen für die Menschenrechte, warnte Amnesty International heute.

"Fortschritte bei der Stärkung der Polizei und der Verbrechensbekämpfung im Land sind notwendig, aber ein solch komplexes Problem muss ernsthaft, verantwortungsbewusst und auf der Grundlage internationaler Menschenrechtsstandards angegangen werden", erklärte Amnesty International heute. Die schnelle Umsetzung des Gesetzentwurfs, die weit davon entfernt ist, die strukturellen Probleme der Carabineros anzugehen, die in der Krise von 2019 dramatisch zutage getreten sind, ist eine opportunistische Reaktion, die einen großen Rückschritt in Bezug auf die Menschenrechte bedeuten würde", sagte Rodrigo Bustos, Geschäftsführer von Amnesty International Chile.

Amnesty International hält es für dringend erforderlich, dass der Senat diesen Fehler korrigiert und dass die Regierung ihrer Verpflichtung nachkommt und die notwendigen Änderungen einbringt, um die Mängel des Gesetzes im Oberhaus zu beheben. Es ist wirklich gefährlich, eine Art Rechtsvermutung zugunsten der Polizei zu schaffen, auch wenn möglicherweise Menschenrechtsverletzungen vorliegen.

In seiner jetzigen Form rechtfertigt der Nain-Retamal-Gesetzentwurf eine unverhältnismäßige Gewaltanwendung und verstößt damit gegen die Grundsätze der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit sowie gegen die internationale Rechtsprechung sowohl der Vertragsorgane der Vereinten Nationen als auch des Interamerikanischen Menschenrechtssystems zu diesem Thema. Darüber hinaus können die neuen Gründe für eine legitime Selbstverteidigung die Ausübung gerichtlicher Garantien für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen einschränken, da der Wortlaut des Gesetzes sehr zweideutig ist und die subjektive Auslegung des an den Ereignissen beteiligten Beamten bei der Feststellung, ob eine Selbstverteidigung legitim ist oder nicht, privilegiert.

"Die chilenischen Behörden haben vergessen, dass eine umfassende Reform der Carabineros ein wirksamer Weg ist, um sowohl die Bürger*innen als auch die Polizeibeamten zu schützen. Wenn man den tatsächlichen Bedarf an einer Umgestaltung der Institution ignoriert, verpasst man eine historische Chance, die durch das Leid tausender Opfer während der sozialen Unruhen entstanden ist", sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin von Amnesty International für den amerikanischen Kontinent.

Die extreme Eile, die den Gesetzgebungsprozess für dieses Gesetz kennzeichnet, folgt auf die Ermordung von zwei Carabineros, schwere Verbrechen, die Amnesty International verurteilt und die angemessen untersucht und bestraft werden müssen. Allerdings darf kein Versuch, die öffentliche Sicherheit zu verbessern, die

Menschenrechte verletzen, und beide Perspektiven müssen in die Diskussion einbezogen werden.

Andererseits ist es nicht nur falsch, die Verabschiedung dieses Gesetzes damit zu begründen, dass es die Sicherheit erhöht, sondern es erhöht auch das Risiko von Polizeimissbrauch und Straflosigkeit. Schutzmechanismen für Strafverfolgungsbeamte sind zwar notwendig, doch müssen sie auf dem Schutz der Menschenrechte beruhen, klare Grenzen setzen und das Personal mit angemessenen Instrumenten ausstatten, um seine Arbeit zu erledigen.

Nach den schweren und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen, die im Zusammenhang mit den sozialen Unruhen von den Carabineros begangen wurden, wurde ein Konsens über die Dringlichkeit einer umfassenden Polizeireform geschaffen, dem die Regierung zugestimmt hatte. Mehr als drei Jahre nach den Massenprotesten sind jedoch nur minimale Fortschritte zu verzeichnen. Die Polizeireform sollte unter anderem eine angemessene Vorbereitung, Ressourcen und Instrumente für die Anwendung von Gewalt, wenn dies erforderlich ist, in verhältnismäßiger und schrittweiser Weise, sowie die Übernahme der Verantwortung für die Ergebnisse der Einsätze beinhalten. Sie sollte auch eine stärkere zivile Kontrolle und eine Aktualisierung der Protokolle in Betracht ziehen, bei denen die Achtung der Menschenrechte im Mittelpunkt steht.

"Unter dem bevorstehenden Nain-Retamal-Gesetz könnten sich Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen nach internationalem Recht, wie sie während der sozialen Unruhen begangen wurden, häufiger und mit geringerer Chance auf eine angemessene Bestrafung wiederholen, da der "privilegierte" Grund auch die Beweislast umkehrt, indem es dem Opfer obliegt, zu beweisen, dass diese Entlastung nicht gilt. Wir fordern die Behörden auf, den Entwurf zu überdenken und sich dafür einzusetzen, dass das Nain-Retamal-Gesetz keine Quelle des Missbrauchs und der Straflosigkeit ist und dass Fortschritte in Richtung einer umfassenden Reform der Institution der Carabineros gemacht werden, wie es die Exekutive in ihrem Regierungsprogramm versprochen hat", so Rodrigo Bustos abschließend.

Für weitere Informationen oder um ein Interview zu vereinbaren, kontaktieren Sie bitte:

Ilsen Jara: (Amnesty International Chile): +56 9 6427 8411, ilsen.jara@amnistia.cl

Duncan Tucker (Amnesty International Americas): +52 55 4848 8266, duncan.tucker@amnesty.org